

# Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen



Die Entwicklung des Bildungswesens ist in gesamtgesellschaftliche und ökonomische Prozesse eingebettet. In Anknüpfung an die früheren Bildungsberichte zeigt dieses Kapitel aktuelle Rahmenbedingungen aus den 4 Schlüsselbereichen Demografie, Wirtschaft, Erwerbstätigkeit sowie Familien- und Lebensformen auf, die für das Bildungswesen von Bedeutung sind. Neben der aktuellen Situation werden dabei auch längere Zeiträume betrachtet, um so sich langsam vollziehende gesellschaftliche Veränderungen abzubilden.

Die demografische Entwicklung der für bestimmte Bildungsabschnitte typischen Altersgruppen ist für die Planung der Bildungsangebote von essenzieller Bedeutung. Das Gleiche gilt für die Zusammensetzung dieser Altersgruppen im Hinblick auf ihre kulturelle Herkunft und ihr Wanderungsverhalten. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung mit Geburten und Sterbefällen sowie die in den letzten Jahren sehr dynamische Entwicklung der Wanderungen über die Staatsgrenze hinweg sind die Faktoren, von denen die Bevölkerungsgröße abhängt. Die Analyse der Zuwanderung wird differenziert nach EU-Ausland und dem übrigen Ausland unter besonderer Berücksichtigung der Heimatländer von Schutz- und Asylsuchenden. Die Zusammensetzung der Altersgruppen der Bevölkerung unterscheidet sich deutlich hinsichtlich des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund und auch der Menschen, die eine eigene Zuwanderungserfahrung haben; daraus können Bedarfe für adressatengerechte Bildungsangebote abgeleitet werden (A1).

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte bestimmen maßgeblich die Möglichkeiten, das Bildungswesen mit Ressourcen auszustatten. Die Länder und Kommunen stehen vor enormen finanziellen Herausforderungen: Einerseits müssen sie vielerorts

die Verschuldung in den Griff bekommen; andererseits werden die Anforderungen und damit auch die Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich aufgrund der demografischen Entwicklung aller Voraussicht nach weiter steigen. Dabei bestehen allerdings deutliche regionale Unterschiede (A2).

Eine Analyse der Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen zeigt, dass sich ein stetiger, wenn auch langsamer Wandel hinsichtlich der formalen Qualifikation und Altersstruktur der Erwerbstätigen vollzieht. Der Umfang der Erwerbstätigkeit – die Anzahl der Erwerbstätigen, aber auch das individuelle Arbeitsvolumen – ist eng an die demografische und die wirtschaftliche Entwicklung sowie an die familiäre Situation gekoppelt. Eine Analyse des Zusammenhangs von Bildungsstand und Erwerbsbeteiligung soll Auskunft darüber geben, ob bestimmte soziodemografische Gruppen in besonderer Weise von Erwerbslosigkeit bedroht sind oder sich häufiger etwa in befristeten oder geringfügigen Arbeitsverhältnissen wiederfinden. Innerhalb von Familien hängen Art und Umfang der Erwerbstätigkeit auch stark von der Familienform ab, also etwa davon, ob es sich um eine Paarfamilie oder Alleinerziehende handelt und wie viele Kinder im Haushalt leben (A3).

Die familialen Bildungsressourcen haben in Deutschland einen ganz entscheidenden Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder. Die Situationsanalyse erfolgt hier anhand der sozialen, finanziellen und bildungsbezogenen Risikolagen des Elternhauses – regional und nach Migrationshintergrund differenziert – und zeichnet ein Bild der aktuellen Situation und der Entwicklungen in den letzten Jahren. Die Betrachtung des Armutrisikos – also eines Haushaltseinkommens unterhalb der Armutgefährdungsgrenze – erfolgt ebenfalls regional. Erstmals kann die Überschneidung der Risikolagen in einem Zehnjahresvergleich dargestellt werden (A4).

## Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung der Bevölkerung nimmt im Rahmen des Bildungsberichts einen besonderen Stellenwert ein, da sie Aufschluss darüber gibt, wie viele Personen sich gegenwärtig und perspektivisch in einem Alter befinden, in dem sie Bildungseinrichtungen besuchen und Bildungsangebote wahrnehmen. Für eine bedarfsgerechte Planung der Angebote ist die zu erwartende Anzahl von Personen in den Altersgruppen, die typischerweise Bildungsinstitutionen besuchen, von größtem Interesse.

### Geburtenentwicklung

**2016 deutlich mehr Geburten als 2015**

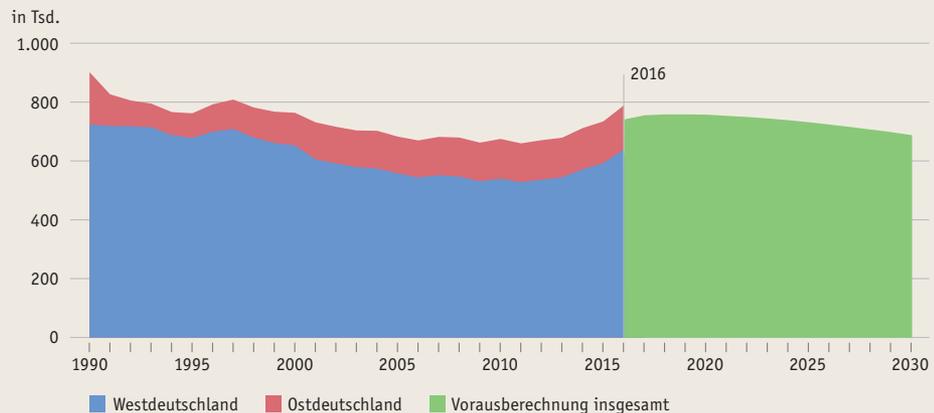
2016 wurden 792.123 Geburten verzeichnet; dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von rund 54.500 Geburten. Damit sind die absoluten Geburtenzahlen bereits das fünfte Jahr in Folge gestiegen, was in den nächsten Jahren zu einer weiter steigenden Nachfrage an Bildungs- und Betreuungsangeboten zunächst im frühkindlichen (C2), später auch im schulischen Bereich führen wird (D1). Nach der aktualisierten Bevölkerungsvorausberechnung werden die Geburtenzahlen nach einem Hoch in den Jahren 2019 und 2020 aufgrund des Echoeffekts voraussichtlich langsam, aber kontinuierlich zurückgehen: Es kommt aufgrund der rückläufigen Anzahl potenzieller Mütter aus den geburtenschwachen Jahrgängen zu einem Geburtenrückgang (Tab. A1-1A, Abb. A1-1, Abb. A1-5web). So umfasste im Jahr 1994 die Gruppe der Frauen im Alter zwischen 18 und 40 Jahren noch rund 13,0 Millionen, 2016 waren es rund 10,6 Millionen, 2020 werden es laut der Prognose gut 10,0 Millionen und 2035 voraussichtlich nur noch rund 9,2 Millionen sein. Diese Entwicklung wird für Ost- als auch für Westdeutschland angenommen. In den Stadtstaaten hingegen bleibt die Zahl potenzieller Mütter perspektivisch eher stabil und wird sich durch zunehmende Urbanisierung unter Umständen sogar leicht erhöhen.

**Weniger potenzielle Mütter durch Echoeffekt**

**Geburtenziffer 2016 erneut über 1,5**

Im Jahr 2016 liegt die zusammengefasste Geburtenziffer<sup>M</sup> in Deutschland im zweiten Jahr in Folge bei über 1,5 Kindern. Damit sich die Gesellschaft zahlenmäßig selbst reproduziert (ohne Betrachtung von Wanderungseffekten), muss die Geburtenziffer je Frau bei einem Wert von 2,1 Kindern liegen – dem sogenannten „Bestandserhaltungsniveau“. Zuletzt wurde dieser Wert zu Beginn der 1960er-Jahre erreicht. Frauen

**Abb. A1-1: Geburtenentwicklung in Deutschland 1990 bis 2016 nach Regionen und Vorausberechnung bis 2030 (Anzahl)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2016, Mikrozensus 2016, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung: Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015 Variante 2-A<sup>M</sup>

mit ausländischer Staatsbürgerschaft – eine Analyse nach Migrationshintergrund, die hier aussagekräftiger wäre, ist leider nicht möglich – bekommen mehr Kinder als deutsche Frauen (2,3 gegenüber 1,5 Kindern). Diese Differenz hatte sich in den Jahren von 1991 bis 2015 von 0,8 auf knapp 0,4 deutlich verringert; 2016 hat sich der Unterschied wieder auf die vormals bestehende Differenz von 0,8 vergrößert (Tab. A1-2A).

### Wanderungen

Die Differenz von Zu- und Abwandernden – der Wanderungssaldo – liegt unabhängig von der Staatsbürgerschaft 2016 mit rund 500.000 Personen deutlich unter dem Höchstwert von mehr als 1,1 Millionen aus dem Jahr 2015. Unabhängig davon setzt sich damit der seit 2010 anhaltende Trend fort, dass mehr Personen nach Deutschland kommen als wegziehen. Bei den deutschen, albanischen und serbischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern ziehen mehr Personen – nahezu unabhängig vom Alter – ins Ausland als nach Deutschland einwandern. Aufgrund methodischer Änderungen in der amtlichen Wanderungsstatistik hat sich der negative Saldo bei den deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern insgesamt deutlich erhöht; es ist davon auszugehen, dass die Abwanderung von Deutschen ins Ausland in den letzten Jahren unterschätzt wurde (Abb. A1-4A).

Der Wanderungssaldo der Zu- und Abwandernden mit ausländischer Staatsbürgerschaft hatte im Jahr 2015 mit 1,16 Millionen Menschen seinen Höhepunkt erreicht; 2016 betrug er noch 635.000 (Abb. A1-2). Ein wichtiger Faktor dafür ist der Zuzug von Schutz- und Asylsuchenden, der sich seit 2015 auch aufgrund politischer Maßnahmen deutlich verlangsamt hat. So halbierte sich 2016 beispielsweise die Zahl der nach Deutschland kommenden syrischen Staatsbürgerinnen und -bürger gegenüber dem Vorjahr auf inzwischen rund 146.000 Personen; ebenfalls reduziert hat sich der Zuzug von Staatsangehörigen aus Afghanistan auf rund 56.000 Personen (-30%) und des Irak auf rund 47.700 Personen (-6%). Die Einflüsse von noch unbestimmten Faktoren wie dem Familiennachzug von Schutz- und Asylsuchenden, insbesondere von jüngeren Familienmitgliedern, oder der Rückkehr von Geflüchteten sind zahlenmäßig bisher kaum seriös abzuschätzen (Abb. A1-4A).

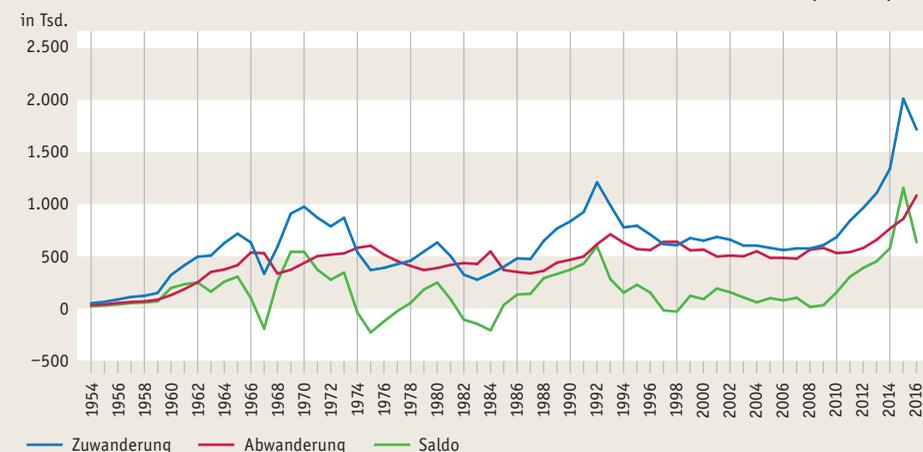
In der Gruppe der unter 6-jährigen beträgt der Wanderungssaldo 2016 rund 63.000 Personen, wobei etwas mehr Jungen (rund 33.000) als Mädchen (rund 30.000) zugewandert sind. In den folgenden Altersgruppen der 6- bis unter 18-jährigen

Weiterhin mehr Zuzug nach Deutschland als Wegzug

Zuzug Schutz- und Asylsuchender deutlich reduziert

Hohe Zuwanderung in jüngeren Altersgruppen

**Abb. A1-2: Zu- und Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern nach bzw. aus Deutschland sowie Saldo der Zu- und Abwanderung 1954 bis 2016 (Anzahl)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik 2016

→ Tab. A1-3web

ist dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern ebenfalls festzustellen: Insgesamt beträgt der Saldo in dieser Altersgruppe etwas mehr als 126.000 Personen, von denen knapp 61 % (rund 77.000) männlich und entsprechend 39 % (rund 49.000) weiblich sind.

**2016 kommen die meisten Zugewanderten aus den Staaten Asiens.**

2016 kommt die größte Anzahl von Zuzügen (abzüglich aller Fortgezogenen) wieder aus den Staaten Asiens. Die überwiegende Mehrheit stammt aus den von Bürgerkrieg und Instabilität geprägten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Sowohl bei den unter 18-Jährigen als auch bei den 25- bis 50-Jährigen haben diese Staaten den größten Anteil am positiven Wanderungssaldo. Bemerkenswert ist der relativ große Anteil an unter 18-Jährigen – gemessen am Saldo des jeweiligen Staates –, die aus Afghanistan (47 %), dem Irak (40 %) und Syrien (45 %) nach Deutschland gekommen sind. Außer aus den Staaten Asiens stammt ein weiterer großer Teil der Zugewanderten aus der Europäischen Union (EU-28-Staaten: 76.700), vor allem aus Rumänien, Kroatien, Bulgarien und Polen. Die Mehrheit der Zugewanderten aus der Europäischen Union ist unter 25 Jahre alt (**Abb. A1-4A**).

### Migrationshintergrund

**Jeder Fünfte in Deutschland mit Migrationshintergrund, ...**  
**... höhere Anteile in den jüngeren Altersgruppen**

2016 hat gut ein Fünftel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund (23 %). Deutlich höher liegen die Anteile allerdings im Kindes- und Jugendalter: Bei den unter 6-Jährigen beträgt ihr Anteil 38 %, bei den 6- bis unter 10-Jährigen 37 %, bei den 10- bis unter 15-Jährigen 34 % und bei den 15- bis unter 20-Jährigen 30 % (**Abb. A1-3A**; siehe auch Bildungsbericht 2016, Abb. H1-1, H1-3) und hat sich in den letzten Jahren weiter erhöht. Diese Anteile unterscheiden sich regional deutlich: Während etwa bei den 6- bis unter 10-jährigen Kindern in Westdeutschland und Berlin 42 % einen Migrationshintergrund haben, sind es in Ostdeutschland nicht einmal 11 %. Mit 96 % leben weiterhin die deutlich meisten Menschen mit Migrationshintergrund in Westdeutschland und in Berlin, wobei die Anteile auch unterhalb der Landesebene regional äußerst heterogen verteilt sind.

Insgesamt gehören 32 % der Menschen mit Migrationshintergrund der 2. Generation an, sind also in Deutschland geboren. Sie sind erwartungsgemäß insbesondere in den jungen Altersgruppen stark vertreten: Bei den unter 6-Jährigen mit Migrationshintergrund beträgt ihr Anteil rund 87 %, bei den 6- bis unter 10-Jährigen 79 % und bei den 10- bis unter 15-Jährigen 80 %. Noch bis zum Alter von 22 Jahren ist ihre Anzahl größer als die derjenigen mit eigener Zuwanderungserfahrung (1. Generation).

#### **M**ethodische Erläuterungen

##### **Bevölkerungsvorausberechnung**

Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes beschreiben die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung. Es werden verschiedene Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren berechnet. Die hier berichteten Zahlen der 13. koordinierten Vorausberechnung basieren auf der aktualisierten Variante 2-A.

Variante 2-A geht von einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,5 Kindern (die Variante 2 auf Basis 2013 ging von 1,4 Kindern aus) und einer stärkeren

Zuwanderung aus. Der angenommene Saldo liegt mit 750.000 Personen (2016) deutlich über der Prognose auf Basis 2013 von 450.000 (2016). Hinzu kommt eine Lebenserwartung von 84,7 Jahren bei den Jungen und 88,6 Jahren bei den Mädchen.

##### **Zusammengefasste Geburtenziffer**

Der Wert wird aus den aufsummierten altersspezifischen Geburtenziffern (Verhältnis aller Frauen eines Alters zu den von den Frauen dieses Alters im jeweiligen Kalenderjahr geborenen Kindern) für die 15- bis 49-jährigen Frauen generiert. Sie bezeichnet die Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen würde, wenn ihr Geburtenverhalten dem der übrigen 15- bis 49-Jährigen desselben Kalenderjahres entspräche.

# Wirtschaftliche Entwicklung

Zuletzt im Bildungsbericht 2016 als A2

A  
2

Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte und die wirtschaftliche Entwicklung stellen wichtige Rahmenbedingungen dar, die vielfältige Auswirkungen auf die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen haben und aus denen sich Anforderungen an den Qualifizierungsbedarf des Bildungswesens ableiten lassen. Wie die früheren Bildungsberichte gibt auch dieser einen globalen Überblick.

## Wirtschaftliche Entwicklung

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) als ein wesentlicher Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nahm 2016 weiter zu. Mit einem Anstieg von 1,9 % setzte sich die positive wirtschaftliche Entwicklung der beiden Vorjahre fort (2014: + 1,9 %; 2015: + 1,7 %). Damit lag das deutsche BIP-Wachstum 2016 auf dem Niveau der EU-28-Staaten (2,0 %); für die 19 Länder der Eurozone fiel der Anstieg mit 1,8 % etwas schwächer aus.

Innerhalb Deutschlands besteht bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach wie vor ein ausgeprägtes West-Ost- und ein Süd-Nord-Gefälle (Tab. A2-4web). Das BIP je Person lag 2016 im Gebiet von Ostdeutschland (mit Berlin) bei 29.477 Euro (77,2 % des Bundesdurchschnitts), in Westdeutschland betrug es 40.301 Euro (105,6 %). Dieser Unterschied ist damit etwas geringer als die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen den Flächenländern in Westdeutschland (etwa Bayern 115,8 %, Schleswig-Holstein 82,0 %). Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird wegen der regionalen Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen und der ungleichen Verteilung sehr großer Unternehmen auch noch langfristig von größeren Differenzen geprägt sein; sie hat Auswirkungen vor allem auf die finanzielle Situation der Länderhaushalte und deren Ressourcen auch für das Bildungswesen (Tab. A2-3web).

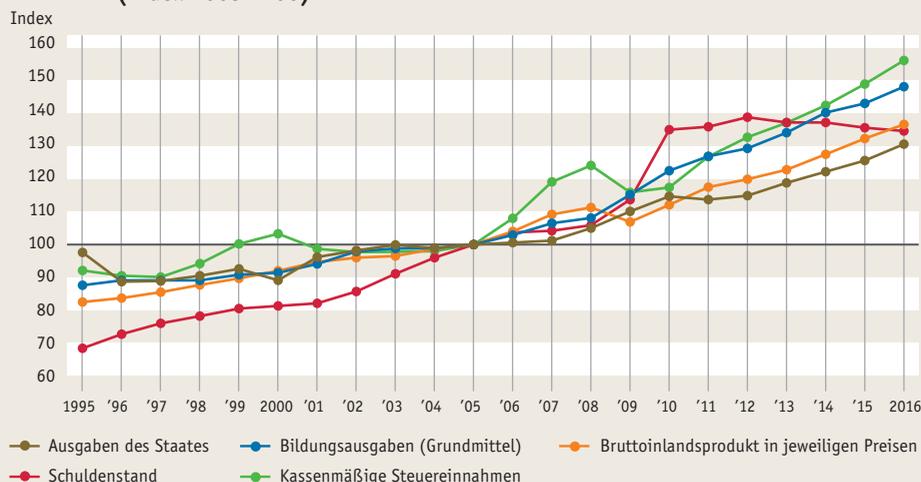
Der Arbeitsmarkt der letzten Jahre weist eine insgesamt positive Bilanz aus. Seit 2006 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen moderat erhöht. Für 2015 und 2016 folgten stabile Zuwächse, vor allem durch den Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahrzehnt auf ein Niveau von

**Positive wirtschaftliche Entwicklung setzt sich fort**

**Deutsche regionale Unterschiede wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit**

**Weiterhin positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt**

**Abb. A2-1: Entwicklung zentraler wirtschaftlicher Kennzahlen 1995 bis 2016 (Index 2005 = 100)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

rund 2,7 Millionen im Jahresdurchschnitt 2016 gesunken, das sind 6,1 % aller zivilen Erwerbspersonen in Deutschland und damit die niedrigste nachgewiesene Arbeitslosenquote<sup>M</sup> seit der Vereinigung. Dieser Befund ist sowohl für Westdeutschland (5,6 %) als auch für Ostdeutschland einschließlich Berlin (8,5 %) zu verzeichnen (**A3, Tab. A2-1A**). Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren die seit der Vereinigung bestehende große Differenz der Arbeitslosenquoten – im Jahr 2000 betrug sie in Westdeutschland noch 7,6 % und in Ostdeutschland 17,1 % – stark verringert.

### Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

Über alle Aufgabenbereiche hinweg stiegen die öffentlichen Gesamtausgaben zwischen 2006 und 2016 um 29,8 % an. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Nettoausgaben<sup>M</sup> 2016 um insgesamt 4,2 %.

**Gut 20 % der Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung**

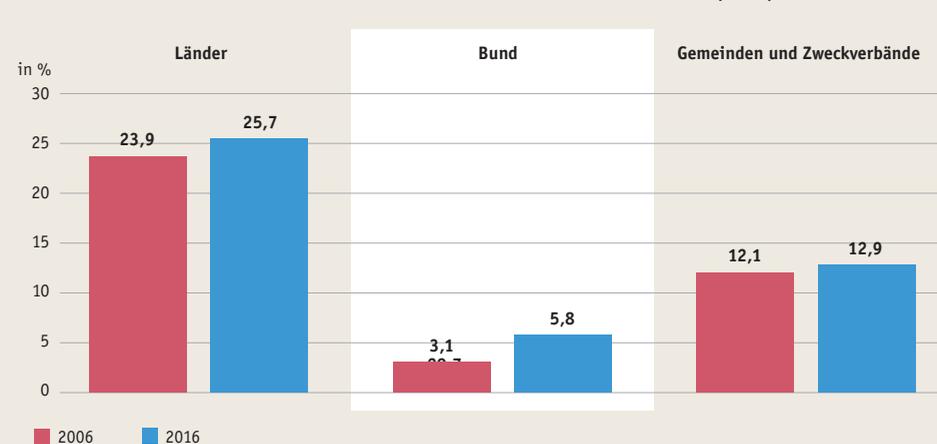
Die öffentlichen Haushalte finanzieren mit rund vier Fünfteln den Großteil der gesamten Bildungsausgaben (vgl. **B3**). Der Anteil der Bildungsausgaben an den Nettoausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts<sup>M</sup> lag im Jahr 2014 bei 20,4 % (nach vorläufigen Ergebnissen 2015: 20,6 %; 2016: 20,5 %).

Verglichen mit dem Jahr 2010 ist der Anteil des Bildungsbereiches an den öffentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden/Zweckverbänden gestiegen. Der Anteil der Bildung am Haushalt der Länder ist mit 26 % am höchsten, auch der Bund hat seine Ausgaben in den letzten Jahren sukzessive erhöht, vor allem durch die BAföG-Reform, Bundesmittel für den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und den Qualitätspakt Lehre (**F3, Abb. A2-2**).

Die Steuereinnahmen sind 2016 – insbesondere durch deutlich höhere Einnahmen aus Gemeinschaftssteuern – weiter gestiegen, gegenüber dem Vorjahr um 32,5 Milliarden Euro (**Tab. A2-1A**).

Der Schuldendienst und die Versorgungszahlungen an pensionierte Beamtinnen und Beamte werden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter einen erheblichen Ausgabenanteil in den öffentlichen Haushalten ausmachen. Die finanzielle Belastung der öffentlichen Haushalte durch Versorgungszahlungen hat sich zwischen 1995 und 2016 mehr als verdoppelt: Sie erfordert mit 54,8 Milliarden Euro ca. 4,4 % der unmittelbaren Ausgaben der öffentlichen Haushalte (**Tab. A2-2A**). Längerfristig werden die Versorgungszahlungen den Gestaltungsspielraum der öffentlichen Haushalte noch stärker als bisher einschränken.

**Abb. A2-2: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum öffentlichen Gesamthaushalt 2006 und 2016 nach Ländern und Körperschaftsgruppen (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, Bildungsfinanzbericht 2017

→ Tab. A2-5web

In den letzten beiden Jahren ist der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte gesunken. Die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 2.006,4 Milliarden Euro. 2016 verringerte sich der Schuldenstand im Vergleich zum Vorjahr um 15,1 Milliarden Euro. Während die Konjunkturprogramme zur Überwindung der Wirtschaftskrise im Jahr 2010 noch einen starken Anstieg des Schuldenstandes bewirkten, führte das auch im Ergebnis der Wirtschaftskrise stark gesunkene Zinsniveau durch absolut gesunkene Zinsausgaben zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte. Durch diesen Sondereffekt konnte der Anteil der Zinsausgaben am Kreditmarkt 2016 auf 3,7 % der unmittelbaren Ausgaben der öffentlichen Haushalte gesenkt werden.

**Schuldenstand  
zweites Jahr in Folge  
gesunken**

A  
2

### **M**ethodische Erläuterungen

#### **Arbeitslosenquote**

Die Arbeitslosenquote als Teil der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit beschreibt den Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. Insofern ist „Arbeitslosigkeit“ streng von „Erwerbslosigkeit“ (siehe Erläuterungen zu **A3**) abzugrenzen.

#### **Bildungsausgaben**

Vgl. Erläuterungen zu **B3**.

#### **Nettoausgaben**

Die Nettoausgaben zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaften oder Körperschaftsgruppen nach dem Belastungsprinzip zu finanzierenden Ausgaben. Nach diesem Ausgabenkonzept wird der finanzielle Beitrag dargestellt, den die Ge-

bietskörperschaften nach Abzug der von anderen öffentlichen Haushalten empfangenen Zuweisungen zur Durchführung ihrer Aufgaben leisten müssen. Die vom Aufgabenbereich unmittelbar erzielten Einnahmen (z. B. Kindergartengebühren) werden nicht eliminiert.

#### **Öffentlicher Gesamthaushalt**

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoausgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten).

## Erwerbstätigkeit

Die Erwerbssituation ist eng an die demografische und die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch an die individuelle Qualifikation sowie an familiäre Faktoren gekoppelt. Erwerbstätigkeit verringert das Armutsrisiko und ist ein wichtiger Teil der sozialen Einbindung in die Gesellschaft (A4). Nachdem im letzten Bericht die Struktur der Erwerbsbevölkerung einen Schwerpunkt des Indikators bildete, werden diesmal anknüpfend an den Bildungsbericht 2012 der Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie die Veränderung der Beschäftigungsformen thematisiert. Eine weitere Analyse widmet sich den Erwerbstätigkeitskonstellationen in Paarfamilien nach der Art und dem Umfang der Erwerbstätigkeit der Partner.

### Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

Der zuletzt im Bildungsbericht 2012 beschriebene strukturelle Wandel hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft setzt sich weiter fort. Ein deutliches Indiz dafür ist der Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen: Waren laut Mikrozensus 1995 bereits 62 % aller Erwerbstätigen<sup>M</sup> in entsprechenden Berufen beschäftigt (vgl. Bildungsbericht 2012, A2), waren es 2012 73 % und 2016 74 %. Traditionell waren und sind Frauen in den Dienstleistungsberufen stark vertreten: Ihr Anteil unter den Beschäftigten in diesem Bereich liegt bei 54 % und damit auf dem Niveau von 1995. 9 von 10 erwerbstätigen Frauen sind 2016 im Dienstleistungsbereich tätig. Innerhalb des Dienstleistungssektors ist das Geschlechterverhältnis jedoch recht heterogen: So zeigt sich, dass Frauen etwa bei den personenbezogenen (71 %) wie auch den kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen (61 %) überwiegen, während der Männeranteil bei den IT- und naturwissenschaftlichen (79 %), aber auch bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen (65 %) höher ist (Tab. A3-1A).

**9 von 10 erwerbstätigen Frauen arbeiten im Dienstleistungsbereich**

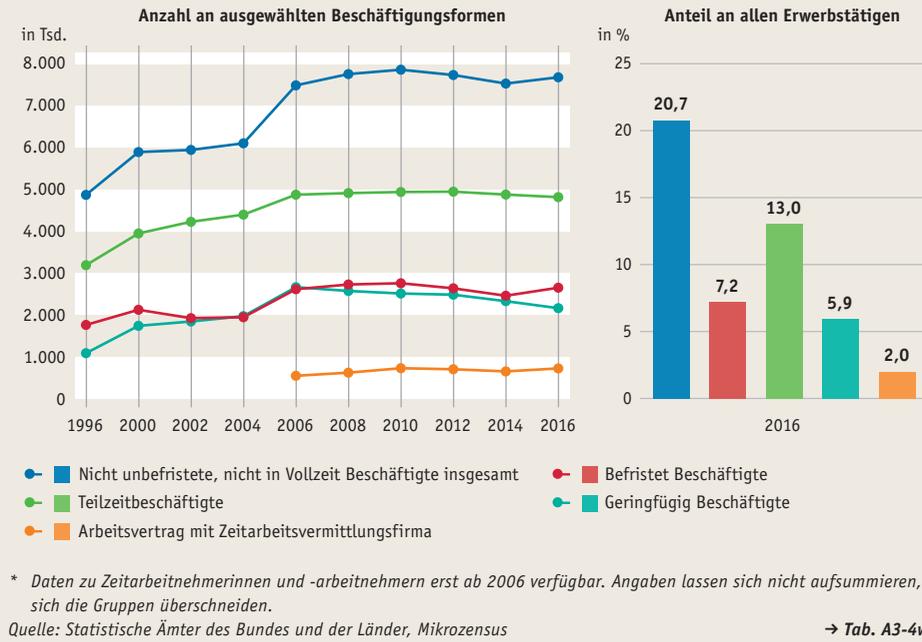
**Steigende Anforderungen an den Bildungsstand der Erwerbstätigen**

Im Zuge des Strukturwandels, des kontinuierlichen technologischen Fortschritts, der fortschreitenden Digitalisierung und auch der Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verändern sich die Anforderungsprofile der Erwerbstätigen in nahezu allen Sektoren und Berufsfeldern: Manuelle Fertigkeiten verlieren oftmals an Bedeutung, im Gegenzug gewinnen Kommunikations-, Problemlöse- sowie Medienkompetenzen und die Fähigkeit zum analytischen Denken an Gewicht (D8, E4). In den IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen ist der Anteil der Erwerbstätigen, der mit einer Hochschul- oder Meisterausbildung über einen hohen Bildungsstand verfügt, mit 53 % sehr hoch; auch bei den personenbezogenen (36 %) wie auch den kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen (30 %) weist ein größerer Anteil der Beschäftigten einen hohen Bildungsstand<sup>M</sup> auf. Niedrigqualifizierte sind lediglich bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen mit 27 % in größerer Anzahl zu finden. Vor dem Hintergrund dieses Strukturwandels und der damit einhergehenden Anforderungen an die Qualifikation der Erwerbstätigen – nicht nur im Dienstleistungssektor – wird deutlich, dass die etwa im Rahmen der „Strategie Europa 2020 für Beschäftigung und Wachstum“ geforderten übergeordneten Ziele wie höhere Bildungsabschlüsse und die Betonung der kontinuierlichen Weiterbildung den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen (Tab. A3-1A).

### Wandel der Beschäftigungsformen

Die positive wirtschaftliche Entwicklung findet ihre Entsprechung auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Kernerwerbstätigen – der erwerbstätigen Personen von 15 bis unter 65 Jahren, die sich nicht parallel in Ausbildung befinden – stieg seit 2010 um gut 2 Millionen auf insgesamt 37,1 Millionen im Jahr 2016 an, ein Plus von 6 %. Der

**Abb. A3-1: Entwicklung der Erwerbstätigkeit\* in ausgewählten Beschäftigungsformen 1996 bis 2016 (Anzahl) sowie Anteil ausgewählter Beschäftigungsformen an allen Erwerbstätigen 2016 (in %)**



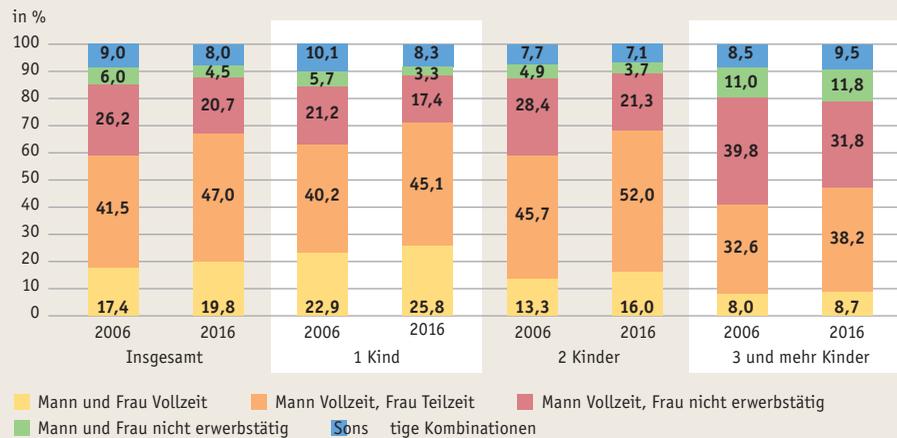
Anstieg der Erwerbstätigkeit bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitslosigkeit (A2) ist auch mit einem Rückgang des Anteils der Personen einhergegangen, die geringfügig oder in Teilzeit, befristet oder als Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer beschäftigt sind (Abb. A3-1). Der Anteil der Beschäftigten, auf die mindestens eines dieser Kriterien zutrifft, sank im selben Zeitraum von 22,4 % auf 20,7 %. Dies macht deutlich, dass das Beschäftigungswachstum nicht mit einem Ausbau von befristeten Arbeitsverhältnissen einhergeht und auch Ressourcen durch das Aufstocken von geringfügigen und Teilzeit- zu Vollzeitverträgen gewonnen werden. Während zumindest die Teilzeitarbeit in vielen Fällen auch von den Erwerbstätigen gewollt ist, dürften befristete Beschäftigung und Zeitarbeit als Vertragsformen betrachtet werden, die oft dem Interesse der Arbeitgeber entsprechen, flexibel mit Arbeitskräften agieren zu können, aber seltener im direkten Interesse des Erwerbstätigen sind (Tab. A3-2A).

Während befristete Beschäftigungsverhältnisse mit 7 % bei den Männern und 8 % bei den Frauen in etwa gleich häufig vorkommen, sind Frauen mit 24 % gegenüber 4 % bei den Männern deutlich häufiger in Teilzeit beschäftigt und mit 10 % gegenüber 3 % auch deutlich häufiger geringfügig (Tab. A3-4web).

Auch bei Beschäftigungsverhältnissen in Teilzeit, bei Befristungen, geringfügigen Tätigkeiten oder als Zeitarbeitnehmerin oder -arbeitnehmer zeigt sich die Bedeutung eines höheren Bildungsstands: Mit höherer Qualifikation sinkt der Anteil der unter diesen Bedingungen Beschäftigten. Sind bei den Hochqualifizierten 14 % in mindestens einer dieser Formen beschäftigt, sind es bei Beschäftigten mit mittlerem Bildungsstand 21 % und bei denen mit niedrigem Bildungsstand mit 36 % über ein Drittel (Tab. A3-4web).

**Ausbau der Erwerbstätigkeit und Rückgang geringfügiger Arbeitsverhältnisse**

**Frauen 6-mal häufiger teilzeitbeschäftigt als Männer**

**Abb. A3-2: Erwerbstätigkeitskonstellationen in Paarfamilien mit Kindern unter 18 Jahren 2006 und 2016 nach Anzahl der Kinder im Haushalt (in %)**

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A3-3A

### Familienbezogene Erwerbsstruktur

Das Zusammenspiel von Familienzeit und Beruf lässt sich in Paarfamilien auf vielerlei Weise ausgestalten. Die Analysen dieses Abschnitts erfolgen auf Grundlage der Betrachtung von Familienformen mit Kindern unter 18 Jahren, bei denen beide Eltern im Haushalt leben – unabhängig davon, ob als Lebensgemeinschaft oder verheiratet – und beide im erwerbsfähigen Alter (hier: von 15 bis unter 65 Jahre alt) sind. Unter Berücksichtigung der 3 Möglichkeiten Vollzeit/Teilzeit/Nichterwerbstätigkeit beider Partner ergeben sich unterschiedliche Konstellationen für Paarfamilien.

**In 2 von 3 Familien  
Frauen höchstens in  
Teilzeit tätig**

Unabhängig von der Erwerbstätigkeit des Partners/der Partnerin ist in 88 % der Fälle der Mann, in 23 % die Frau in Vollzeit erwerbstätig; einer Teilzeiterwerbstätigkeit gehen 5 % der Männer und 51 % der Frauen nach; keine Erwerbstätigkeit des Mannes liegt in 7 %, der Frau in 27 % der Fälle vor (Tab. A3-2A).

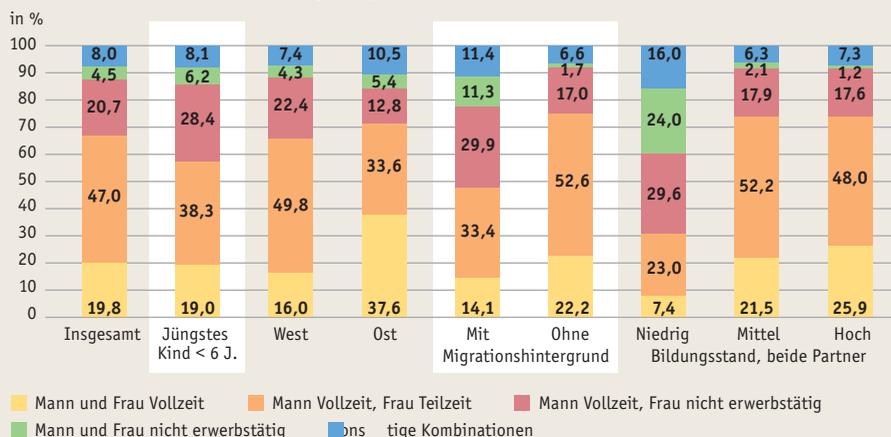
2016 arbeiten in 47 % der Paarfamilien die Männer in Vollzeit und Frauen in Teilzeit; hat die Familie ein Kind, liegt der Anteil bei 45 %, bei 2 Kindern bei 52 % (Tab. A3-3A, Abb. A3-2). 2006 war die Kombination der Vollzeittätigkeit des Mannes und der Teilzeittätigkeit der Frau noch bei 42 % der Paarfamilien anzutreffen, sodass sich deutlich ein Anstieg der Teilzeiterwerbstätigkeit der Frauen abbildet.

In mit 21 % etwas mehr als einem Fünftel der Familien ist die Erwerbssituation geprägt durch die Vollzeiterwerbstätigkeit des Mannes und die Nichterwerbstätigkeit der Frau, das sogenannte „männliche Alleinverdiennermodell“, das in Westdeutschland früher weit verbreitet war. Im Zehnjahresvergleich zeigt sich hier ein Rückgang um über 5 Prozentpunkte. Der Anteil dieses Rollen- und Familienmodells steigt in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder im Haushalt (Tab. A3-3A, Abb. A3-2).

Von den Familien mit mindestens einem Kind sind mit knapp 26 % in jeder vierten Familie beide Partner in Vollzeit erwerbstätig – ein Anteil, der sich seit 2006 um annähernd 3 Prozentpunkte erhöht hat. Steigt die Zahl der Kinder, so reduziert sich oftmals die Arbeitszeit der Frau bis hin zu ihrer Nichterwerbstätigkeit.

In knapp 12 % der Familien mit 3 und mehr Kindern sind beide Partner nicht erwerbstätig; die Kinder dieser Familien fallen damit in die soziale Risikolage (A4) (Tab. A3-2A, Tab. A3-3A, Abb. A3-2).

**Abb. A3-3: Erwerbskonstellationen in Paarfamilien mit Kindern unter 18 Jahren nach Alter des jüngsten Kindes, Region, Migrationshintergrund (MHG) des Mannes, Bildungsstand 2016 (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A3-6web, Tab. A3-7web

Einen deutlichen Einfluss auf die Erwerbstätigkeitskonstellationen hat das Alter der Kinder im Haushalt. Ist das jüngste Kind in der Familie unter 6 Jahre alt, ist in 30 % der Fälle die Frau nicht erwerbstätig. Auch 25 Jahre nach der Vereinigung sind dabei noch deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zu erkennen: Im Osten sind in mehr als jeder dritten Familie (38 %) beide Partner in Vollzeit beschäftigt, in Westen lediglich in 16 % der Familien. Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist bei den Familien mit Migrationshintergrund des Mannes etwas weniger stark ausgeprägt: In einem Drittel (33 %) der Fälle ist der Mann in Vollzeit und die Frau in Teilzeit erwerbstätig, beinahe ebenso häufig ist der Mann in Vollzeit tätig und die Frau nicht erwerbstätig (30 %). Nur in 14 % der Fälle sind beide Partner in Vollzeit erwerbstätig (Tab. A3-6web, Abb. A3-3).

Die Erwerbstätigkeitskonstellationen in Familien insgesamt unterscheiden sich deutlich nach dem Bildungsstand der Partner. Ein niedriger Bildungsstand geht oft mit Nichterwerbstätigkeit einher: Haben beide Partner einen niedrigen Bildungsstand, sind in fast jedem vierten Fall beide Partner, bei einem weiteren Drittel der Fälle nur die Frau nicht erwerbstätig (vgl. auch H3). Schon ein mittlerer Bildungsstand verbessert die Situation deutlich: In Familien, in denen beide Partner eine Berufsausbildung oder das Abitur haben, ist in lediglich 2 % der Fälle keiner der Partner erwerbstätig, in 18 % der Fälle ist der Mann in Vollzeit tätig und die Frau nicht erwerbstätig und in 22 % der Fälle beide Partner in Vollzeit tätig. Der Anteil der Familien, in denen beide Partner in Vollzeit arbeiten, ist in Familien mit einem hohen Bildungsstand beider Partner mit 26 % noch etwas höher (Tab. A3-7web, Abb. A3-3).

**Frauen im Osten häufiger und mit größerem Volumen erwerbstätig als im Westen**

**In Familien mit Migrationshintergrund Frauen seltener erwerbstätig**

**Erwerbsbeteiligung und -umfang steigen deutlich mit dem Bildungsstand**

**Methodische Erläuterungen**

**Erwerbstätigkeit, Erwerbsbeteiligung, Voll- und Teilzeittätigkeit**

Vgl. Glossar: *Erwerbsstatus nach ILO-Konzept*. Die Grenze zwischen Voll- und Teilzeittätigkeit wird für die hier vorgenommenen Analysen bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 32 Stunden definiert.

**Bildungsstand bzw. Bildungsniveau**

Als Maß für das Bildungsniveau im internationalen Vergleich werden die ISCED-Niveaus herangezogen. Hier

wird eine Klassifizierung in die drei Kategorien „niedrig“, „mittel“ und „hoch“ vorgenommen: Ein vorliegender Hochschulabschluss oder eine abgeschlossene Techniker-/Meisterausbildung wird als hoher Bildungsstand verstanden (ISCED 5 und höher); bei einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einer vorhandenen (Fach-) Hochschulreife liegt ein mittlerer Bildungsstand vor (ISCED 3/4). Liegt hingegen weder eine abgeschlossene Berufsausbildung noch eine (Fach-)Hochschulreife vor, ist der Bildungsstand niedrig (ISCED kleiner als 3).

## Familien- und Lebensformen

Für Kinder stellt die Familie den ersten und einflussreichsten Ort der Sozialisation und der Persönlichkeitsbildung dar (vgl. C1). Die bildungsrelevanten Ressourcen der Familie und des sozialen Umfelds sind für die Bildungschancen der Kinder in Deutschland nach wie vor ein entscheidender Faktor. Neben den Ressourcen der Eltern können auch im Haushalt lebende Geschwister zur familialen Anregung beitragen und einen Vorbildcharakter haben. Hier ist zunächst zu fragen, in welchen Familienformen und, im Speziellen, ob Kinder in Ein- oder in Mehrkindfamilien aufwachsen. Daran schließt sich eine Analyse der sozialen, finanziellen und bildungsbezogenen Risikolagen an, deren Vorliegen einen negativen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder haben kann.

### Familienformen<sup>M</sup>

Die Formen des Zusammenlebens unterliegen einer langsamen, aber kontinuierlichen Veränderung: Mit Blick auf die letzten 20 Jahre zeigt sich deutlich, dass die Form des Zusammenlebens in Familien, also von Erwachsenen (Ehepaare, Lebensgemeinschaften, Alleinerziehenden) mit minderjährigen Kindern in einem Haushalt, stetig abnimmt. Lebten 1996 noch 57 % der Bevölkerung in solchen Familienzusammenhängen, ist es 2016 mit 48 % weniger als die Hälfte. Nicht unberücksichtigt bei der Interpretation dieser Zahlen darf jedoch der demografische Wandel bleiben: In einer alternden Bevölkerung gibt es beinahe zwangsläufig immer mehr Haushalte mit älteren Menschen, die nicht mehr mit ihren minderjährigen Kindern zusammenleben. Es ist also verkürzt, diese Entwicklung lediglich auf einen Einstellungswandel bei den jüngeren Menschen zurückzuführen. Der deutlich erkennbare Ost-West-Unterschied hinsichtlich der Lebens- und Familienformen besteht auch über ein Vierteljahrhundert nach der Vereinigung Deutschlands fort. Zu dem Geburteneinbruch in den frühen 1990er-Jahren in Ostdeutschland und dem damit verbundenen Echoeffekt (A1) kam das innerdeutsche Wanderungsverhalten in den Nachwendejahren hinzu (Abb. A4-1, Tab. A4-1A).

**Rückgang des  
Bevölkerungsanteils  
in Familienstrukturen  
setzt sich fort**

**Ehepaare mit Kindern  
weiter häufigste  
Familienform,  
besonders bei den  
Familien mit  
Migrationshintergrund**

Über ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands lebt in der Familienform „Ehepaare mit Kindern“, wobei sich der stetige Rückgang dieser Familienform seit nunmehr 20 Jahren fortsetzt. In Westdeutschland und insbesondere bei den Menschen mit Migrationshintergrund ist diese Form des Zusammenlebens stärker verbreitet als in Ostdeutschland und bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Betrachtet man als Bezugsgröße lediglich die Bevölkerung in Familienformen, leben 2016 knapp drei Viertel in der Form „Ehepaare mit Kindern“, 9 % in nichtehelichen Lebensgemeinschaften und 17 % in Alleinerziehendenfamilien. Die entsprechenden Anteile lagen 1996 bei knapp 85 % für Ehepaare, 4 % für nichteheliche Lebensgemeinschaften und 12 % für Alleinerziehendenfamilien (Abb. A4-1, Tab. A4-1A).

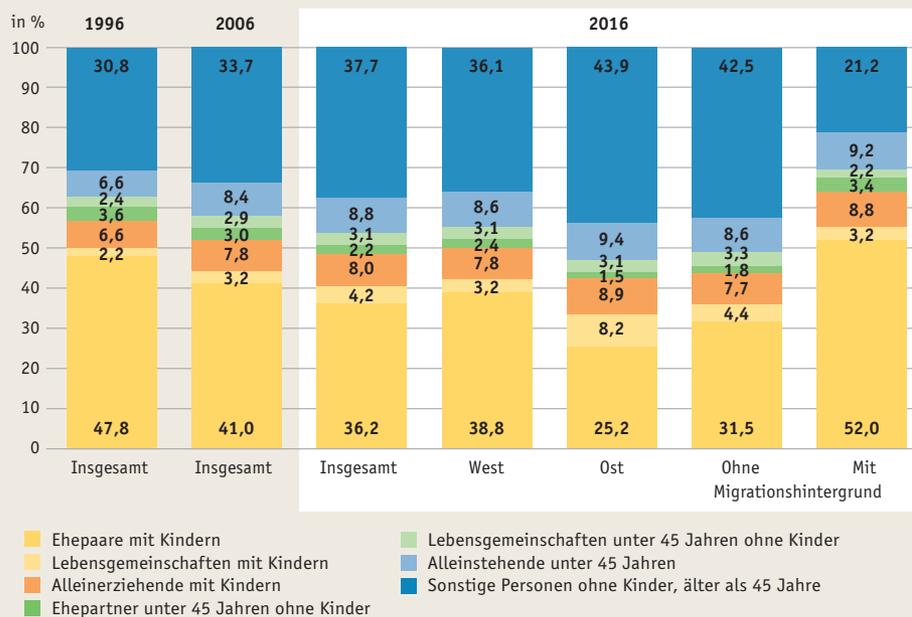
**Geschwister-  
strukturen in den  
letzten Jahren  
weitgehend konstant**

In mehr als der Hälfte der Familien lebt 2016 1 Kind (noch) ohne Geschwister (52 %), in 38 % der Familien leben 2 Kinder und nur in jeder zehnten Familie 3 und mehr Kinder unter 18 Jahren im Haushalt. Die durchschnittliche Kinderzahl bei den Familien mit 3 und mehr Kindern liegt seit 1996 konstant bei 3,4 Kindern (Abb. A4-2, Tab. A4-2A).

1996 gab es anteilig noch mehr Zweikind- und weniger Einkindfamilien. Diese rückläufige Entwicklung ist in Ostdeutschland aktuell nicht festzustellen: Seit 2006 ist der Anteil von Familien mit 2 Kindern deutlich zulasten der Einkind-Paarhaushalte gestiegen, ohne dabei jedoch die hohen Anteile von Westdeutschland zu erreichen.

Auch bei den Einkindfamilien sind deutschlandweit deutliche strukturelle Änderungen hinsichtlich der Familienformen zu erkennen: War vor 20 Jahren die Fa-

Abb. A4-1: Bevölkerung Deutschlands 1996, 2006 und 2016 nach Lebensformen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A4-1A

milienform bei 18 % der Einkindfamilien „alleinerziehend“, gilt dies aktuell für gut 25 % – wobei dieser Anstieg beinahe ausschließlich durch Familien ohne Migrationshintergrund bedingt ist.

Waren 2006 noch 18 % aller Familien Alleinerziehendenfamilien, sind es 2016 knapp 20 %. Auffällig ist, dass die Anteile der Alleinerziehenden mit 1, 2 sowie 3 und mehr Kindern bei den Menschen mit Migrationshintergrund teilweise deutlich stärker gestiegen sind als bei denen ohne Migrationshintergrund. Ins Auge fallen auch die unabhängig von der Kinderzahl hohen Anteile von Alleinerziehenden in Ostdeutschland: Knapp ein Drittel der Einkindfamilien und knapp ein Fünftel der Mehrkindfamilien ist dort alleinerziehend.

Die offensichtlichsten Unterschiede zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund sind der bei den Menschen mit Migrationshintergrund höhere Anteil von Paarfamilien (84 %) und der höhere Anteil von Familien mit mindestens 2 Kindern (53 %).

### Kinder aus Familien mit Risikolagen

Nach wie vor ist in Deutschland ein im internationalen Vergleich enger Zusammenhang zwischen familialen Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb nachweisbar (vgl. B4, C1, D1, D8, F2). Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern lassen sich anhand einiger Strukturmerkmale der Familien, etwa des formalen Bildungsstands der Eltern, des sozioökonomischen Status der Familie sowie der elterlichen Erwerbsbeteiligung, beschreiben. Hieraus können 3 Arten von Risikolagen abgeleitet werden: die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern, die soziale sowie die finanzielle Risikolage. In Deutschland ist 2016 mit gut 30 % fast jedes dritte Kind von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen (Tab. A4-3A, Tab. A4-4web).

Eine typische Folge der Risikolage *formal gering qualifizierter Eltern* kann die fehlende Unterstützungsmöglichkeit für die Kinder etwa in schulischen Belangen sein,

**Jede 5. Familie alleinerziehend**

**Jedes 3. Kind von mindestens einer Risikolage betroffen**

**Anteil der Kinder aus formal gering qualifizierten Elternhäusern stabil**

**Soziale Risikolage leicht rückläufig**

**Anteil armutsgefährdeter Kinder weiter hoch, insbesondere bei vielen Geschwistern**

da beide Eltern weder eine Hochschulzugangsberechtigung noch eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können. 12 % der Kinder sind von dieser Risikolage betroffen, seit 2006 hat dieser Anteil keine wesentliche Änderung erfahren (Tab. A4-6web).

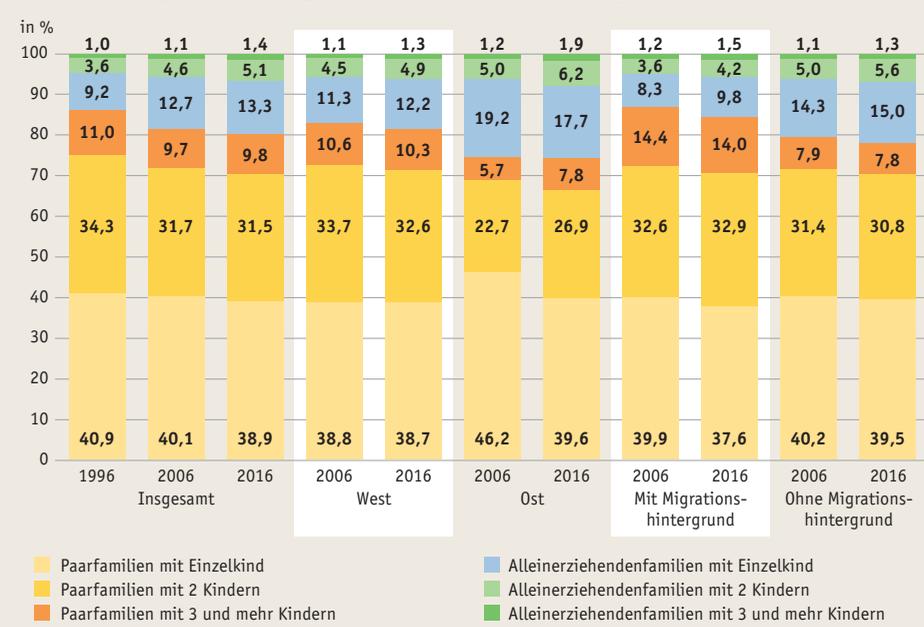
In den meisten Haushalten sind heute beide Elternteile erwerbstätig, wenn auch häufig mit unterschiedlichen Arbeitszeitvolumina (A3). Dennoch wachsen 2016 10 % der Kinder in Haushalten ohne erwerbstätige Eltern auf. Durch diese soziale Risikolage fehlt den Kindern unter Umständen der Zugang zu Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens, den Erwerbstätigkeit mit sich bringt, so etwa zu Hilfeleistungen, Anerkennung und Kontakten bis hin zum Finden von Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen (2006: 12 %) (Tab. A4-6web).

Mit aktuell 20 % (2006: 19 %) ist die finanzielle Risikolage mit einem Familieneinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze<sup>M</sup> unabhängig vom Migrationsstatus und der Familienform weiterhin am häufigsten, vor der auch Erwerbstätigkeit nicht immer zu schützen vermag (Tab. A4-6web).

Mit der Anzahl der Kinder in der Familie steigt auch das Risiko der Armutsgefährdung: Kinder in Einkindfamilien sind zu 16 %, Kinder in Zweikindfamilien zu 17 % und Kinder, die in Familien mit 3 und mehr Kindern aufwachsen, zu 33 % von dieser Risikolage betroffen.

Die Armutsgefährdungsgrenze legt in Relation zum Durchschnittseinkommen fest, ab welchem Einkommen Personen und Familien in einer Gesellschaft als relativ arm gelten. Die Grundsicherung SGB II legt hingegen fest, wie viel Lebensunterhalt für ein menschenwürdiges Leben benötigt wird. Trotz dieser ganz unterschiedlichen Ansätze sind zwischen der finanziellen Risikolage und den Anteilen der in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften („Hartz-IV-Haushalten“) lebenden Kinder Parallelen auszumachen: Auch wenn die Anteilswerte der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften deutlich niedriger sind, zeigt die Rangliste der Bundesländer bei beiden Kennziffern unübersehbare Gemeinsamkeiten.

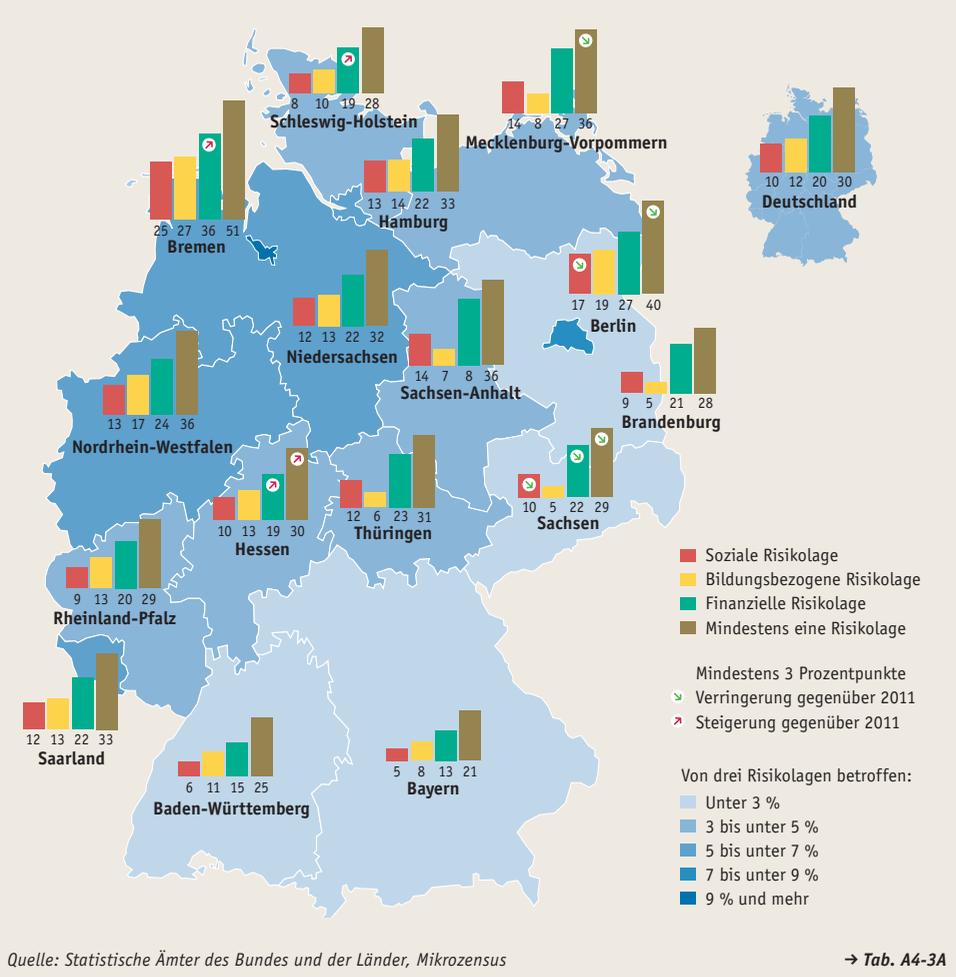
**Abb. A4-2: Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland 1996, 2006 und 2016 nach Familienformen, Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt, Migrationshintergrund und Ländergruppe (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A4-2A

Abb. A4-3: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2016 nach Ländern (in %)



Für alle 3 Risikolagen gilt, dass Kinder Alleinerziehender und aus Familien mit Migrationshintergrund – dort mit deutlichen Unterschieden je nach Herkunft – überdurchschnittlich häufig betroffen sind (Tab. A4-6web, Tab. A4-7web).

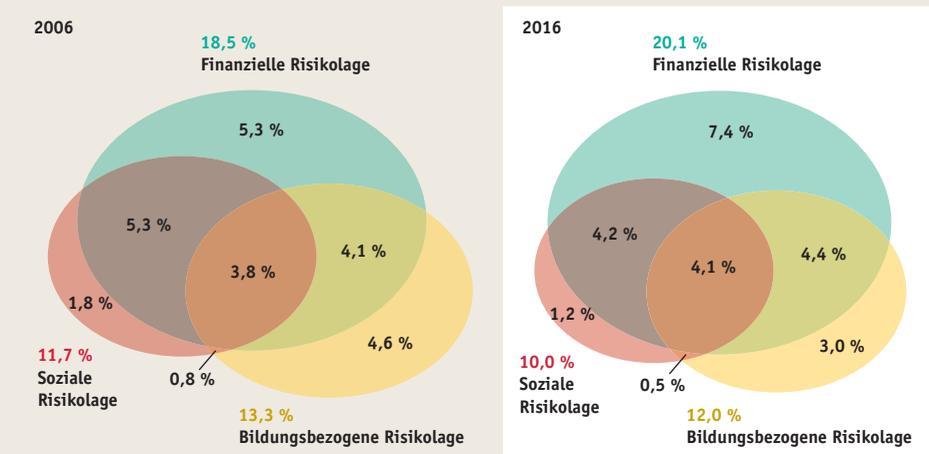
Zwischen den Ländern unterscheiden sich die Werte für die Risikolagen zum Teil erheblich. Die bildungsbezogene Risikolage ist in den ostdeutschen Flächenländern deutlich geringer ausgeprägt als im Westen: Etliche Personen der Elterngeneration haben noch das DDR-Bildungssystem durchlaufen, das Geringqualifizierte nur in sehr geringer Anzahl hervorbrachte; zudem dürfte der im Vergleich zum Westen geringere Bevölkerungsanteil weniger gut ausgebildeter Personen mit Migrationshintergrund eine Rolle spielen. Wegen der schwierigen Arbeitsmarktlage im Osten tritt die soziale Risikolage dort hingegen häufiger auf als im Westen. Die Stadtstaaten liegen bei allen Risikolagen über dem Bundesdurchschnitt, Hamburg allerdings nur knapp. In Bremen ist der Anteil der von allen 3 Risikolagen betroffenen Kindern besonders hoch: Mit 15 % ist er beinahe viermal so hoch wie der Bundesdurchschnitt und auch mehr als doppelt so hoch wie im zweitplatzierten Land Berlin (7 %) (Abb. A4-3, Tab. A4-3A).

Die 3 Risikolagen bestehen nicht unabhängig voneinander. So zeigt sich etwa, dass 2016 die bildungsbezogene Risikolage häufiger mit der finanziellen Risikolage zusammenfällt (8,5 %) als mit der sozialen Risikolage (4,6 %). Ausschließlich vom finanziellen Risiko betroffen sind 7,9 % der Kinder: Sie wachsen mithin in einem Elternhaus auf, in dem mindestens ein Erwachsener erwerbstätig ist und auch mindestens ein Erwachse-

**Risikolagen regional stark unterschiedlich ausgeprägt**

**Deutlicher Zusammenhang von finanziellem und Bildungsrisiko**

Abb. A4-4: Überschneidungen der Risikolagen der unter 18-Jährigen 2006 und 2016



Lesebeispiel: Vom finanziellen Risiko sind 2016 insgesamt 20,1% der Kinder unter 18 Jahren betroffen (grüne Fläche einschl. Überschneidungen). 8,3% sind neben dem finanziellen auch dem sozialen Risiko (Überschneidung grün/rot einschl. Überschneidung grün/rot/gelb) und 8,5% neben dem finanziellen auch dem Risiko des bildungsfernen Elternhauses (Überschneidung grün/gelb einschl. Überschneidung grün/gelb/rot) ausgesetzt. 4,1% der Kinder sind neben der finanziellen auch von den beiden anderen Risikolagen (Überschneidung grün/gelb/rot) betroffen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A4-7web

ner eine Hochschulzugangsberechtigung oder eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen kann, aber dennoch eine Armutsgefährdung vorliegt (Abb. A4-4).

**Kinder mit Migrationshintergrund viermal häufiger von allen 3 Risikolagen betroffen als Kinder ohne Migrationshintergrund**

Während fast jedes dritte Kind in Deutschland von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen ist, ist dieser Anteil bei den Kindern Alleinerziehender mit 59% beinahe doppelt so hoch. Auch Kinder mit Migrationshintergrund sind mit 49% stark betroffen, wobei sich dieser Wert seit 2006 um 6 Prozentpunkte verringert hat. In Familien mit türkischer Herkunft sank der Wert im gleichen Zeitraum um 10 Prozentpunkte auf nunmehr 64% (Tab. A4-6web, vgl. B5).

Insgesamt beträgt der Anteil von Kindern, die in Haushalten mit allen 3 Risikolagen aufwachsen, seit 2006 relativ konstant rund 4%. Hier ist ein deutlicher Unterschied zwischen Paarfamilien und Alleinerziehenden festzustellen: Bei Letzteren ist der Anteil derer, die von allen 3 Risikolagen betroffen sind, mit 12% überproportional höher als bei Paarerziehenden mit lediglich 2%. Auch Kinder mit Migrationshintergrund sind zu 8% von allen 3 Risikolagen betroffen, solche ohne Migrationshintergrund demgegenüber nur zu 2% (Tab. A4-6web).

### Methodische Erläuterungen

#### Lebens- und Familienformen

Gemäß der im Mikrozensus verwendeten Definition ist „Lebensform“ der Oberbegriff für alle Formen des Zusammenlebens in Haushalten. Als „Familien(formen)“ werden alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern unter 18 Jahren bezeichnet: Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit Kindern. Weitere Lebensformen sind Ehepartner (ohne Kinder), Lebenspartner (ohne Kinder) und Alleinstehende. Zu beachten ist, dass Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, sowie Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung dabei unberücksichtigt bleiben.

#### Erwerbstätigkeit

Vgl. Glossar: Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept

#### Armutsgefährdungsgrenze

Zur Bestimmung der Armutsgefährdungsgrenze werden die Haushaltsäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen eines Haushalts ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die „modifizierte OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Bei weniger als 60% des Medians des Durchschnittsäquivalenzeinkommens nach Bundesmaßstab wird von einer Armutsgefährdung ausgegangen.

## Perspektiven

Die steigende Lebenserwartung in Verbindung mit dem aktuell positiven Wanderungssaldo und den steigenden Geburtenzahlen wird in den nächsten Jahren ein moderates Anwachsen der Bevölkerungsgröße zur Folge haben. Die aktualisierte Bevölkerungsvorausberechnung geht von einem weiteren Anstieg der Geburten zunächst bis 2019/20 aus; die aktuellen Geburtenzahlen übersteigen jedoch die dort getroffenen Annahmen. Also muss bei allen Unwägbarkeiten von Vorausberechnungen davon ausgegangen werden, dass schon aus rein demografischen Gründen sowohl in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung als auch später im Primarbereich der Schulen in den nächsten Jahren nicht nur mit einer konstanten, sondern eher mit einer steigenden Nachfrage der Angebote zu rechnen ist. Dieser Befund dürfte bei allen Unsicherheiten, die sich etwa aus möglichen Rückkehrtendenzen von Schutz- und Asylsuchenden oder auch dem weiteren Zustrom und Familiennachzug ergeben, als wahrscheinlich anzusehen sein. Daraus lassen sich Bedarfe etwa für Bildungsinfrastruktur und pädagogisches Personal ableiten, denen frühzeitig begegnet werden muss.

Eine verlässliche Prognose der langfristigen demografischen Auswirkungen der zuletzt hohen Zuwanderung, insbesondere von Schutz- und Asylsuchenden, ist nicht möglich: Weder Zuwanderungstendenzen noch die nationalen, europäischen und internationalen politischen Rahmenbedingungen sowie ihre Veränderung lassen sich vorhersehen. Neuzugewanderte bilden einen kleinen Anteil der ohnehin wachsenden Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem. Damit stellt sich für das Bildungssystem auch künftig die Aufgabe, eine gleichberechtigte Bildungsteilhabe dieser Bevölkerungsgruppe, deren Anteil an der Bevölkerung je nach Region sehr verschieden ist, weiter zu fördern. Auch wenn Disparitäten durch viele Faktoren hervorgerufen werden, deren Aufklärung und Mechanismen den Rahmen des Bildungsberichts sprengen würden, so verweist doch der stark erhöhte Anteil von Risikolagen bei Menschen mit Migrationshintergrund auf besondere Herausforderungen. Dass dies in der Vergangenheit nur unzureichend gelungen ist, belegen die Befunde zur Bildungsbeteiligung und zu den Bildungsergebnissen in den verschiedenen Bereichen des Bildungssystems.

Aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Situation und guten Lage am Arbeitsmarkt sowie den damit verbundenen höheren Einnahmen der öffentlichen Haushalte eröffnen sich gegenwärtig Spielräume, um Zusatzbedarfe im Bildungswesen etwa zur Minderung von Disparitäten, zur Förderung einer inklusiven Bildung, zur Qualitätsverbesserung von Unterricht und Ganztagsbetreuung etc. zu decken. Da ein niedriges Zinsniveau nicht dauerhaft als sicher unterstellt werden kann, verbergen sich in den Zinszahlungen dennoch Ausgaberrisiken. Auch stellt sich die Frage, wie sich die schon seit längerer Zeit manifestierenden Unterschiede in der regionalen wirtschaftlichen Situation entwickeln werden. Dies ist auch für die regionale Bevölkerungsentwicklung entscheidend, da Zu- und Abwanderungen letztlich auch von den Möglichkeiten, durch Erwerbstätigkeit vor Ort den Lebensunterhalt zu verdienen abhängig sind.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit ist auch mit einem Rückgang des Anteils der Personen in befristeten Arbeitsverhältnissen einhergegangen. Die Erwerbskonstellationen in Familien dürften sich weiter in Richtung einer Reduzierung der geschlechterspezifischen Differenzen bewegen – Änderungen vollziehen sich hier jedoch nur langsam. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit gerade bei Eltern kleiner Kinder ist stark abhängig von der Verfügbarkeit geeigneter Betreuungsangebote für die Kinder. Eine notwendige Bedingung für die Erschließung dieses Arbeitskräftepotenzials ist der Ausbau der Kapazitäten und gegebenenfalls eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, etwa der Öffnungszeiten, in der Kindertagesbetreuung.

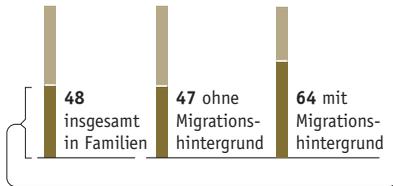
Die Debatte um die hohe Armutsgefährdung von Kindern wird mit einer gewissen Regelmäßigkeit in den Medien geführt. Während über einen langen Zeitraum bei 2 der 3 hier untersuchten bildungsbezogenen Risikolagen leichte Verbesserungen auszumachen sind, ist dies beim finanziellen Risiko nicht der Fall: Viele Kinder wachsen unter Bedingungen der Armutsgefährdung auf. Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit Migrationshintergrund und aus kinderreichen Familien sind überproportional häufig auch dieser Risikolage ausgesetzt. Da die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler mit den Risikolagen korrelieren, stellt deren Reduzierung eine der zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft und das Bildungssystem dar.

# Im Überblick



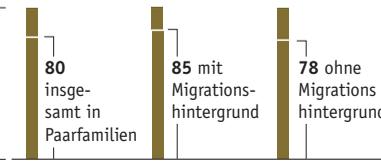
**2016 leben in Deutschland 48% der Bevölkerung in Familien**

Familien mit unter 18-jährigen Kindern in %

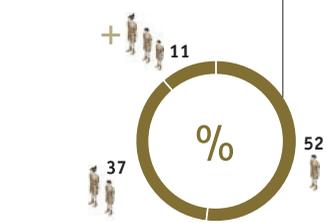


**Die Bevölkerung in Familien lebt zu 80% in Paarfamilien und zu 20% in Alleinerziehendenfamilien**

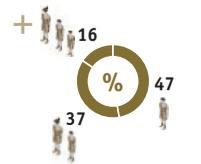
Anteil der Paarfamilien an allen Familien (2 Erwachsene + X Kinder) in %



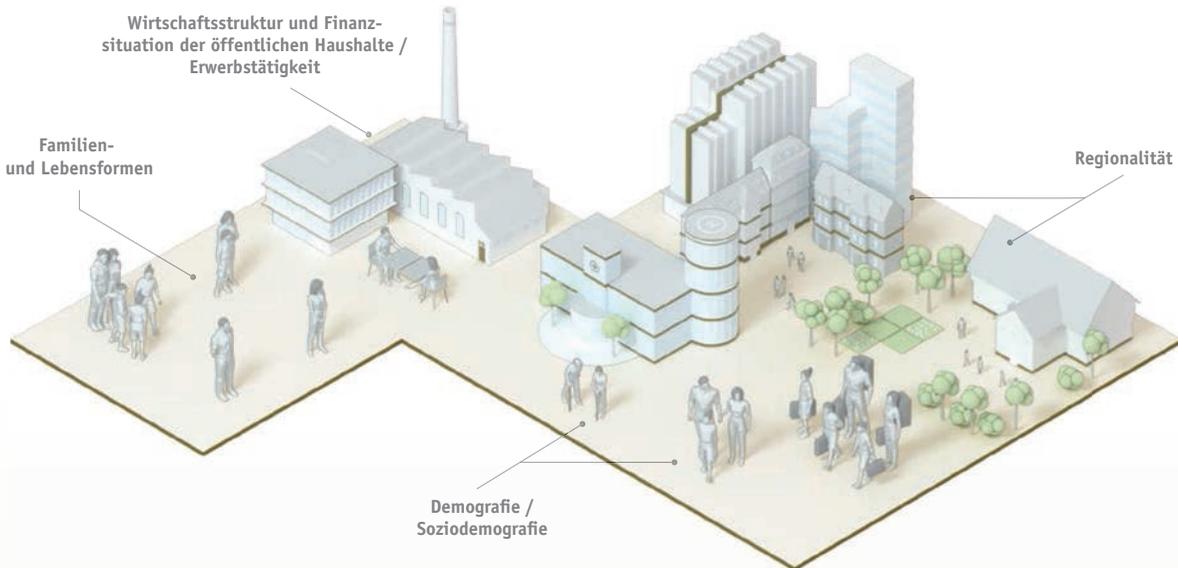
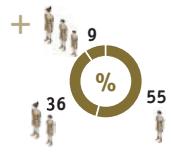
**Gut die Hälfte der Kinder in den Familien ist (noch) Einzelkind**



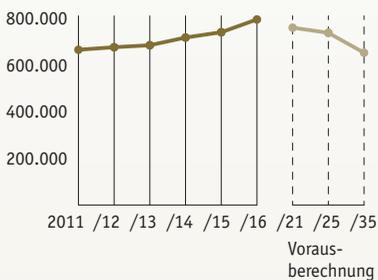
**Familien mit Migrationshintergrund**



**Familien ohne Migrationshintergrund**

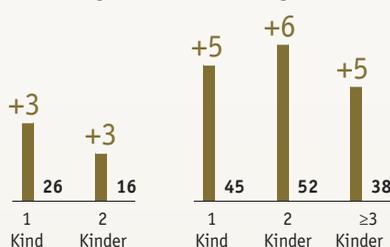


**Seit 5 Jahren steigt die Zahl der Geburten in Deutschland wieder an, auf ca. 792.000 im Jahr 2016. Erst ab 2021 wird mit einem langsamen Rückgang gerechnet**



**Zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern in Paarfamilien in den letzten 10 Jahren**

In % / Zuwachs in Prozentpunkten



**Kinder in Familien mit Migrationshintergrund leben weiterhin deutlich häufiger in formal schlechter gebildeten Elternhäusern**

Bildungsstand der Eltern unter ISCED 3 in % der unter 18-Jährigen

